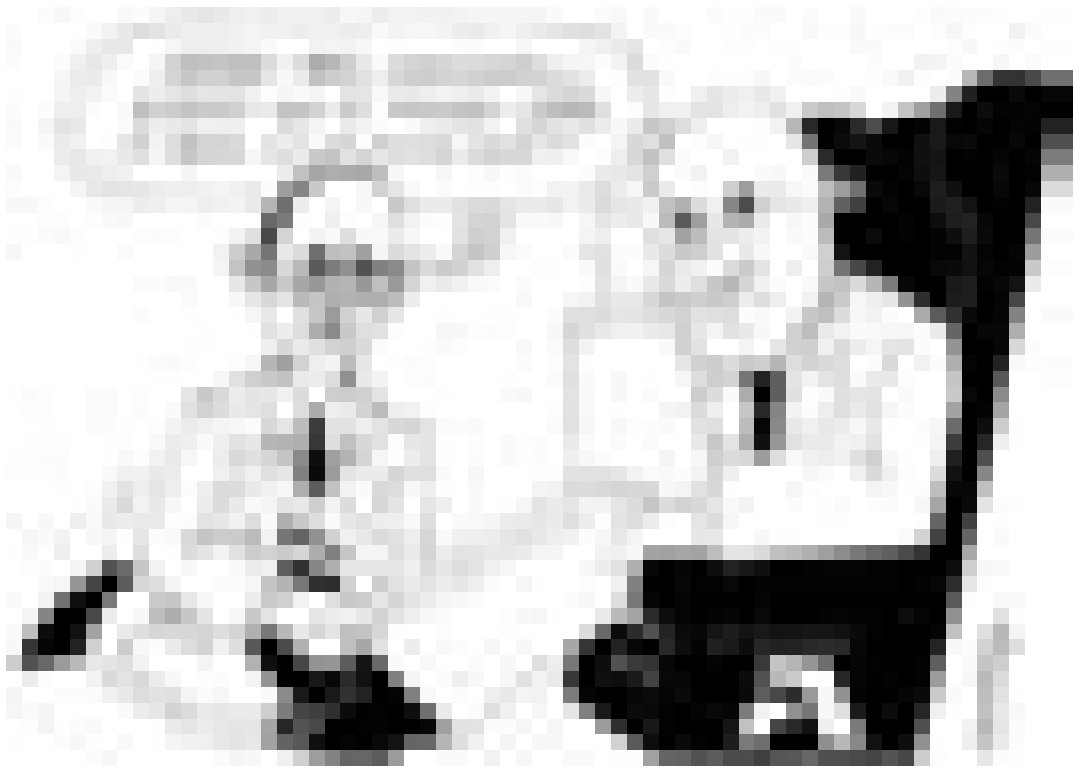


INDUSTRIEBRACHEN

Die große Erpressung



Damals wie heute: Die Politik kuscht vor der Arbed.

Der eine Teilhaber stellt die Ideen, der andere das Risikokapital. In der Agora-Gesellschaft kommt beides von öffentlicher Seite. Der Einfluss der Arbed ist dennoch übermächtig.

(RK) - Dass Gesetze im Eilverfahren verabschiedet werden, kommt vor. Wenn es sich dabei um kurze Texte handelt, wie beim Projet de Loi 4779, das aus nur zwei Artikeln besteht, könnte man meinen, das sei in Ordnung. Doch bei dem am vergangenen Mittwoch verabschiedeten Gesetz geht es um die finanziellen Verpflichtungen des Staates gegenüber der Agora, der Entwicklungsgesellschaft für die Arbed-Industriebrachen: bis zu zwei Milliarden LUF. Die Dokumente

aber, die die Zusammenarbeit zwischen Staat und Arbed innerhalb der Agora regeln, umfassen knapp 50 Seiten und waren eine Woche vor der Abstimmung noch streng geheim. Diese Papiere wiederum werfen zahlreiche ungeklärte juristische und politische Fragen auf. Dennoch wurde das Gesetz verabschiedet.

"Obwohl wir mit vielem nicht einverstanden sind, werden wir mit Ja stimmen, um kein falsches Signal zu setzen", begründete Alex Bodry in der Chamber das Verhalten der größten Oppositionspartei. Er kritisierte vor allem, dass die Regierung die Diskussionen abgewürgt habe: "Sie hätte das Projet de Loi früher einbringen können und hat wichtige Informationen zurückgehalten." In der Tat hatte die Finanzkommission erst vor zwei Wochen zum ersten Mal über das Projekt beraten. Die Abgeordneten von LSAP und Grüne griffen das Gutachten des Staatsrates sowie einen Appell des Mouvement Ecologique auf und forderten zusätzliche Informationen.

Artikel 10

Am 5. Juli unterbreitete das für die Landesplanung zuständige Innenministerium der Kommission eine "Fiche financière" zur Agora-Gesellschaft. Doch die Opposition beharrte darauf, den Text der Konvention zwischen Staat und Arbed einsehen zu können. Dass es ein solches Dokument gab, war klar: In der "Fiche" wurde auf einen Artikel 10 verwiesen, der in den vorliegenden Dokumen-

ten aber nirgendwo zu finden war. Als daraufhin der Vorschlag kam, die Abstimmung in den Herbst zu verlegen, wurde der anwesende Regierungsbeamte sehr nervös. Am nächsten Tag fand sich Innenminister Michel Wolter persönlich vor der Kommission ein - mit dem Text des Vertrags.

Damit gaben sich die Majoritäts-Abgeordneten zufrieden, nicht aber die LSAP. "Es muss Schluss sein mit dieser Geheimniskrämerei, die dem Projekt nur schadet", so Alex Bodry. Die in diesem Sinne von der LSAP vorgelegte Motion wurde allerdings mit den Stimmen der Majoritätsparteien abgelehnt. Zuvor hatte Michel Wolter seinen Standpunkt verteidigt. "In diesem Dossier lagen alle Informationen auf dem Tisch", so der Minister. Bei dem inkriminierten Dokument handle es sich nicht um eine Konvention, sondern um einen privatrechtlichen Vertrag, den der Staat nicht offen legen müsse.

Für ein paar Überraschungen sorgt das Dokument allerdings schon: Es enthält ein sehr explizit formuliertes Vetorecht für die Arbed und lässt die Gemeinden außen vor. Auf die erhofften Milliardengewinne braucht die Arbed nicht bis zur Auflösung der Agora zu warten: Vorgeesehen ist die jährliche Ausschüttung der Hälfte der erzielten Gewinne. Schließlich geht aus der beigehefteten Kostenübersicht hervor, dass der Preis für die Sanierung sehr niedrig angesetzt wurde.

Fehlkalkulation

"Der Vertragstext bestätigt unsere schlimmsten Befürchtungen", sagt Blanche Weber vom Mouvement Ecologique. "Von der Milliarde Franken, die die Arbed für die Sanierung laut Vertrag ausgeben muss, sollen über vier Fünftel in die Abbrucharbeiten fließen. 200 Millionen für Altlastenbeseitigung auf 200 Hektar, das ist zu wenig." Als Beispiel für die wahren Kosten hatte der ADR-Abgeordnete Ali Jaerling in der Chamber die zehn Hektar des CNA-Areals in Düdelingen angeführt, deren Sanierung allein 100 Millionen verschlungen habe. "Warum hat man nicht einfach im Vertrag festgelegt, dass die Arbed für alle Kosten aufkommen muss?", fragt Blanche Weber.

Jetzt aber sieht es folgendermaßen aus: Wenn die Arbed feststellt, dass die Kosten das vorgesehene Volumen überschreiten, zum Beispiel mehr als 200 Millionen LUF für Altlastbeseitigung, dann übernimmt entweder die Agora die Mehrkosten, oder die Ländereien fallen

zurück an die Arbed. "Damit ist die Arbed keineswegs aus ihrer Verantwortung entlassen, im Gegenteil", erklärte Michel Wolter. Laut Abfall- und Kommodo-Gesetz müsse sie dann trotzdem auf eigene Kosten sanieren. Der Haken: Weil die Arbed selbst entscheidet, wie und wann sie das tut, kann sie die Erschließungspläne für die Industriebrachen zu Fall bringen. Um eine solche Erpressung zu verhindern, brachte Robert Garcia ("Déi Gréng") eine Proposition de Loi ein, die das Abfallgesetz um präzise Fristen für die Sanierung ergänzt. Der Innenminister versicherte demgegenüber, das Kommodo-Gesetz biete genügend Handhabe. Bis ein solcher Fall vor Gericht entschieden ist, bleibt unklar, welche Gesetze überhaupt auf die Arbed-Anlagen anwendbar sind und wie sie zu interpretieren sind.

"Der Idealzustand wäre, wenn alle Ländereien in öffentlicher Hand wären", so Robert Garcia. Er erinnerte an die Milliarden von Steuergeldern, die für die Arbed ausgegeben wurden. Seine Fraktion enthielt sich bei der Abstimmung, ebenso wie der Abgeordnete von "déi Lénk". Aloyse Bisdorff gegenüber der Woxx: "Die Arbed tut, was sie immer getan hat: Den Staat benutzen, um Steuergelder zu kassieren und ihre Interessen zu vertreten." Hätte die Regierung einen für die öffentlichen Interessen günstigeren Vertrag aushandeln können, wie Opposition und Mouvement Ecologique kritisieren? Banne Weber ist überzeugt: "Eine stärkere öffentliche Diskussion hätte ein anderes Kräfteverhältnis gegenüber der Arbed gebracht."

kommentar

Norden optimal versorgen

Der Protest macht's möglich: Die versprochenen Fahrplanverbesserungen der CFL reichen für eine optimale Anbindung der Wiltzer Region jedoch nicht aus.

Am vergangenen Freitag, dem 6. Juli, hatten sich gut 600 Menschen im Bahnhof Wiltz eingefunden um gegen das langsame Dahinsiechen der Eisenbahnstrecke Kautenbach - Wiltz zu demonstrieren. Bereits die Ankündigung dieser Manifestation zeigte Erfolg. Im Vorfeld dieses Aktionstages fanden nämlich erste Gespräche zwischen CFL-Direktion, den Schöffenräten von Wiltz und Kautenbach und dem Wiltzer Lyzeum statt. Die CFL-Direktion machte dabei verbindliche Zusagen, verschiedene Fahrplanverbesserungen ab dem 15. September 2001 vorzunehmen. Dies ist begrüßenswert, reicht aber bei weitem nicht aus.

Vor allem müssen Maßnahmen ergriffen werden, um die Eisenbahnstrecke Kautenbach - Wiltz definitiv abzusichern. Bedingt durch den schlechten Zustand der Gleise wurde die Geschwindigkeit der Züge auf dieser Strecke bereits von 60 auf 50 Stundenkilometer herabgesetzt. Wenn die Verantwortlichen in dieser Hinsicht nichts weiter unternehmen, wird die Streckengeschwindigkeit nach einiger Zeit aus Sicherheitsgründen weiter herabgesetzt werden müssen, der Komfort wird abnehmen, das Fahrplanangebot wird sich noch mehr verschlechtern und schließlich werden die Busse die Züge ganz ersetzen.

Dieses Schreckensszenario, welches wir in den 50er und 60er Jahren auf vielen Nebenstrecken erlebten, muss mit allen Mitteln verhindert werden. Die soziale und wirtschaftliche Zukunft einer Stadt und einer Region stehen auf dem Spiel! Wiltz als Wohnort mit vielen Tausend Einwohnern, als Industriestandort und Schulzentrum, als Touristenattraktion und kulturelles Zentrum hat Anrecht auf ein optimales Transportangebot durch die Eisenbahn.

Wir fordern deshalb ein Gesetzesprojekt, in welchem die fälligen Erneuerungsarbeiten auf der Strecke Wiltz - Kautenbach festgeschrieben werden. In das Projekt muss die notwendige Erweiterung der Infrastrukturen ebenfalls aufgenommen werden. Diese muss ihrerseits ein den Bedürfnissen angepasstes Fahrplanangebot gewährleisten. Ziel muss sein, Wiltz als Standort für den westlichen Transport mit einem modernisierten Bahnhof und entsprechender Kundenbetreuung als Mittelpunkt auszubauen: Von hier aus muss die Feinverteilung der Reisenden in die umliegenden Orte mit Bussen erfolgen. Direktverbindungen mit dem Zug nach Luxemburg, genauso wie Anschlüsse an die Schnellzüge nach Luxemburg und Lüttich/Amsterdam müssen gewährleistet werden.

Nico Wennmacher ist Präsident der FNCTTFEL.

Overkill

Staatsbesuch in Luxemburg. Das heißt auch immer, sich in Geduld üben. Etwa auf dem Weg zu dieser oder jener Pressekonferenz, wenn die Busse im polizeibedingten Stau stecken und das Fahrrad dummerweise zu Hause geblieben ist. Oder wenn es gilt, mit dieser oder jenem EntscheidungsträgerIn Rücksprache zu halten - das gar nicht mal so zahlreiche "tout Luxembourg" ist gleich mehrfach zu Empfangen und Gegenempfangen abkommandiert, schließlich will die Kulisse für das allabendliche Fernsehen ordentlich gefüllt sein. Selbst wenn die Redaktion sich bewusst keinen Deut um den hohen Besuch schert, dem Event kann sie sich kaum erwehren. Das Faxgerät explodiert unter der Last ellenlanger statistischer Zahlen über das Heimatland des Besuchers. Irgendwann bricht dann auch der Mailserver unter dem x-ten offiziellen Foto zusammen. Der informative Overkill steht in keinem Verhältnis zu der sonst in Luxemburg an den Tag gelegten Informationspolitik. Für jedes auch noch so kleine Statement wird mensch noch oben verwiesen. "Das kann nur der Minister oder die Bürgermeisterin sagen", heißt es dann. Kann sie oder er eben gerade nicht: Schließlich ist Staatsbesuch und irgendein Empfang, bei dem mensch ja so unabkömmlich ist, steht an ...



WOXX - déi aner wochenzeitung / l'autre hebdomadaire, früher: **GréngSpoun** - wochenzeitung fir eng ekologesch a sozial alternativ - gegründet 1988 - erscheint jeden Freitag • **Herausgeberin:** GréngSpoun soc. coop. • **Redaktion:** Robert Garcia, Léa Graf, Richard Graf, Germain Kersch, Raymond Klein, Ines Kurschat, Muriel Prieur, Bibine Schulze, Armand Turpel, Renée Wagener, Danièle Weber • **Karikaturen:** Guy W. Stoops • **Fotos:** Christian Mosar • **Verwaltung:** Monique Ludovicy • **Bürozeiten:** Mo - Fr 9 bis 12 und 13 bis 16 Uhr. Unterzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. • **Druck:** Imprimerie COPE, Luxemburg • **Einzelpreis:** 60,- LUF / 1,49 Euros • **Abonnements:** 52 Nummern kosten 2.400,- LUF (Ausland Luxemburg s.a. - Tel.: 26 25 75 -1 Fax: 26 25 75-75 • **Recherchefonds:** Spenden zur Unterstützung des weiteren Ausbaus des Projektes auf das Konto CCPL 24495-51 der "Solidarité mam GréngSpoun asbl" sind stets erwünscht. Bitte keine Abo-Gelder auf dieses Konto. • **Post-Anschrift:** WOXX, b.p. 684, L-2016 Luxembourg • **Büros:** 51, Av. de la Liberté (2. Stock), Luxembourg • **E-mail:** woxx@woxx.lu • **Site:** www.woxx.lu • **Tel.:** (00-352) 29 79 99-0 • **Fax:** 29 79 79